



Beitrag zur EU-Industriepolitik

Impulse einer führenden Industrieregion für eine europäische Industriestrategie

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg begrüßt die Überlegungen der Europäischen Union, die Rolle der Industrie für die Zukunft Europas stärker zu betonen. Heute sehen wir, wie wichtig produktive und hoch innovative Industrieunternehmen sind, um Zukunftschancen neuer technologischer Entwicklungen, wie beispielsweise der Künstlichen Intelligenz, zu erschließen und Transformationsprozesse erfolgreich zu gestalten. Wir befürworten eine ambitionierte Vision eines Industriesektors, der nicht nur ökonomischen, sondern auch gesellschaftlichen und ökologischen Mehrwert schaffen soll. Dabei bildet wirtschaftliche Dynamik das Fundament, auf dem soziale und ökologische Ziele erreicht werden können.

Der Subsidiaritätsgedanke muss dabei die Grundlage bilden: Kleinteilige Regulierung auf europäischer Ebene wird der Vielfalt der europäischen Regionen nicht gerecht. Eine europäische Strategie sollte vielmehr einen Rahmen bilden, der es der Wirtschaft ermöglicht, industriepolitische Ziele technologieoffen zu erreichen.

Dieser Beitrag umfasst fünf Leitgedanken, um eine europäische Industriestrategie auf ein solides Fundament zu setzen und ihr zu langfristigem Erfolg zu verhelfen:

FÜR EIN SOLIDES FUNDAMENT EUROPÄISCHER INDUSTRIEPOLITIK:

1. KMU als tragende Säule berücksichtigen
 2. Auf fairem Wettbewerb aufbauen
 3. Mit Innovationskraft Wachstum schaffen
 4. Industriepolitik in den Regionen verankern
 5. Transformationsprozesse unterstützen
-



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND WOHNUNGSBAU



„KMU sind das Rückgrat der Wirtschaft – in Baden-Württemberg so wie in ganz Europa. Um Industriepolitik erfolgreich zu gestalten, müssen wir die Bedürfnisse des Mittelstands von Anfang an mitdenken. Wir müssen die Unternehmen bei Innovationen unterstützen und sie auf dem Weg in die industrielle Zukunft mitnehmen.“

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdB

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

1. KMU als tragende Säule berücksichtigen

Eine gesunde Wirtschaftsstruktur besteht auch in Zukunft aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind durch ihre kompakten Strukturen agil und können mit neuen Ideen für Dynamik in ihren Märkten sorgen. Das gilt sowohl für Start-Ups als auch für Unternehmen, die seit Generationen in Familienbesitz sind. Zudem stehen gerade familiengeführte Unternehmen oft für wertebasiertes und nachhaltiges Wirtschaften. Doch der Mittelstand braucht Freiräume, um sich zu entfalten. Junge Unternehmen müssen wachsen können. Und auch etablierte KMU werden von komplizierten Regularien überproportional belastet. Gute Industriepolitik muss auf die Bedürfnisse des Mittelstands eingehen. Vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs müssen gerade KMU noch innovationsstärker werden. Dann können KMU als regional verwurzelte Innovations- und Wachstumstreiber fungieren und auch neue strategische Wertschöpfungsketten innerhalb der EU gestalten.

KMU-FREUNDLICHE RECHTSETZUNG:

Komplizierte Regulierung belastet KMU überproportional und hemmt Innovation. Wir begrüßen die „Better Regulation Initiative“ der EU; ein KMU- und Innovations-Check aller regulatorischer Maßnahmen der EU oder ein Relaunch des „Small Business Act“ wären sinnvoll. Zudem sollte der konstruktive Dialog mit betroffenen Stakeholdern im Rahmen eines Rechtsetzungsverfahrens intensiviert werden, damit mögliche Hemmnisse bei der praktischen Umsetzung von Regelungen rechtzeitig erkannt und angegangen werden können.

ARBEITS- UND SOZIALRECHT, ENTSENDUNG:

Neben seiner wichtigen Schutzfunktion muss es auf betriebliche Flexibilitätserfordernisse gerade bei den KMU Rücksicht nehmen. Der Verwaltungsaufwand zur Entsendung von Mitarbeitern in andere EU-Staaten muss abgebaut werden, z. B. mit einer A1-Bescheinigung mit einfachen Belegschaftsjahresmeldungen.

GLEICHBERECHTIGUNG VON KMU:

KMU sollten bei allen Investitionsprogrammen und der strategischen Value Chains-Initiative gleiche Berücksichtigung finden wie Großunternehmen.

MITTELSTANDSFREUNDLICHE FÖRDERPROGRAMME:

EU-Programme (z. B. zur Innovationsförderung unter Horizont Europa oder in COSME) müssen mittelstandsfreundlich ausgestaltet sein. Förderprogramme müssen noch KMU-orientierter sein und die tatsächlichen Rahmenbedingungen von KMU berücksichtigen. Das beinhaltet insbesondere themenoffene Förderaufrufe, eine unbürokratische Antragstellung und schnelle Auswahlprozesse.



Baden-Württemberg, im Herzen Europas gelegen, ist einer der innovativsten Industriestandorte Europas – mit einem starken Mittelstand, vielen internationalen Marktführern und Hidden Champions sowie einem engen Netzwerk aus Wirtschaft, Wissenschaft und angewandter Forschung.

- Über 30 Prozent Industrieanteil an Bruttoinlandsprodukt und ein Viertel der Arbeitsplätze – bei hoher Beschäftigung (3 Prozent Arbeitslosigkeit)
- 500.000 Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU)
- Hohe F&E-Intensität der Wirtschaft: 5,6 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung

2. Auf fairem Wettbewerb aufbauen

Wirtschaftliche Dynamik geht aus der Innovationskraft der Unternehmen hervor; Aufgabe der Politik ist es, Anreize zu deren Entfaltung zu setzen und Hemmnisse zu beseitigen. Eine zukunftsorientierte Industrie- und Wirtschaftspolitik in Europa muss marktwirtschaftlichen Kräften stärker Raum geben. Nur dort, wo marktwirtschaftliche Kräfte zu gesellschaftlich suboptimalen Ergebnissen führen, sollten möglichst effiziente wirtschaftspolitische Instrumente zum Einsatz kommen. Staatliches Handeln muss dabei berechenbar bleiben: Um Forschung und Entwicklung sowie Investitionen zu fördern, braucht die Industrie langfristige Planungssicherheit.

SCHUTZ DES WETTBEWERBS IN DER EU:

Wir unterstützen das konsequente Vorgehen der EU-Kommission gegen unlauteren Wettbewerb, Monopolisierungstendenzen und den Missbrauch von Marktmacht. Die wachsende Bedeutung der digitalen Wirtschaft, von Plattformmärkten und Datenökonomie bringt neue Chancen, aber auch Herausforderungen für freien und fairen Wettbewerb mit sich. Dazu gehören insbesondere monopolarisierte Strukturen, z.B. großer Internetkonzerne.

EIN STARKER BINNENMARKT:

Funktionierender und fairer Wettbewerb zwischen Unternehmen im Binnenmarkt stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EU. Protektionismus in den Mitgliedstaaten muss die EU konsequent entgegenreten.

WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIEPREISE:

Europa geht bei Klimaschutz und erneuerbaren Energien voran. Eine europäische Industriepolitik sollte mögliche Wettbewerbsnachteile ausgleichen, die in europäischen Unternehmen im Vergleich zu Drittstaaten entstehen können.

OFFENE MÄRKTE UND EIN „LEVEL PLAYING FIELD“:

Offene Märkte sind das Fundament unseres Wohlstands. Protektionismus und die anhaltende Unsicherheit der Handelsbeziehungen schaden unserer Wirtschaft. Die EU muss sich weiter für freien Handel, faire Wettbewerbsbedingungen und reziproken Marktzugang einsetzen. Wir unterstützen sowohl die bilateralen Ansätze ambitionierter Freihandelsabkommen als auch die multilateralen Bestrebungen, die Welthandelsorganisation wieder handlungsfähig zu machen.

3. Mit Innovationskraft Wachstum schaffen

Beim Thema Innovation geht es um neue Technologien, Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle. Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz müssen bei der Innovationsförderung in das Zentrum gerückt werden. Ein innovationsfreundliches Öko-System aus Bildung, Wissensinfrastruktur und einem offenen Austausch von Ideen spielt ebenso eine große Rolle. Von besonderer Bedeutung sind auch die Verbindungen zwischen der Industrie und dem Dienstleistungsbereich, die Innovationsprozesse wesentlich vorantreiben.

WISSENSTRANSFER IN DIE UNTERNEHMEN VORANTREIBEN:

Neben der grundlagenorientierten Spitzenforschung muss Europa den Auf- und Ausbau von wirtschaftsnahen, anwendungsorientierten Forschungs- und Transfereinrichtungen vorantreiben. Dies erleichtert KMU den Zugang zu wissenschaftlichen Einrichtungen und schafft Anreize für eine engere Zusammenarbeit zum Nutzen der Wirtschaft.

KOMMERZIALISIERUNG VON INNOVATIONEN IN EUROPA:

Die Gründungskultur in Industrie und Wissenschaft muss gefördert werden. Die Förderung von Ausgründungen unterstützt die schnelle Kommerzialisierung von Innovationen. Innovatives Auftragswesen ist eine gute Möglichkeit, um Innovationen über Erstanwender, z. B. in der Öffentlichen Hand, auf den Markt zu bringen. Entsprechende Anreize der EU sind notwendig, damit diese Maßnahme an Bedeutung zunimmt und mehr Innovationen in der EU zur Marktreife bringt. Auch der gesamteuropäische Patentschutz sollte vereinfacht werden. KMU sind ganz besonders auf innovationsfreundliche Rahmenbedingungen angewiesen, um ihr Potenzial entfalten zu können und insbesondere in der Scale-up-Phase den Binnenmarkt für Wachstum nutzen.

RISIKOKAPITAL:

Wir begrüßen die Einrichtung des European Innovation Council und plädieren dafür, dass Europäisches Wagniskapital weiter aufgestockt wird und für den gesamten Lebenszyklus eines Start-Ups zur Verfügung steht. Besonders im B2B-Bereich ist der Bedarf groß.

INNOVATIONSFREUNDLICHE BEIHILFE:

„Cutting-Edge-Technologien“, wie z. B. KI, Quantencomputing oder biointelligente Systeme, sollten vom Beihilferecht freigestellt werden, etwa über einen einzurichtenden Wettbewerbsrat. Grundlegende Zukunftstechnologien sollten zudem als Förderatbestand in die AGVO aufgenommen werden. Da die weltweite Innovationsdynamik ein schnelles Agieren der öffentlichen Hand erfordert, um zentrale Innovationsvorhaben von nationaler oder europäischer Bedeutung zu forcieren, sollten besonders für Anlaufphasen mehr als 50 Prozent Förderung möglich sein. Es sollte eine beihilferechtliche Bagatellgrenze insbesondere für einzelbetriebliche Förderung bis zur Höhe von 5.000 Euro eingeführt werden.

NEUE GESCHÄFTSMODELLE FÖRDERN:

Innovative Produkte und neue Geschäftsmodelle basieren zunehmend auf dem komplementären Zusammenspiel von Hard- und Software sowie auf der intelligenten, datenbasierten Verknüpfung von Technik und Service. Datengetriebene Geschäftsmodelle und die Plattformökonomie müssen für kleine und große Unternehmen nutzbar sein. Die Verfügbarkeit von Daten (aus der industriellen Anwendung, dem Servicebereich oder auch neuen Mobilitätslösungen) sollte gefördert werden, z. B. durch stärkeren Austausch und Kooperationen. Integraler Bestandteil der Europäischen Datenschutzpolitik sollte die Frage werden, wie Daten unter Wahrung des hohen Schutzniveaus auch wirtschaftlich nutzbar gemacht werden können.



ANWENDUNGSORIENTIERTE FORSCHUNG

Baden-Württemberg verfügt über ein dichtes Netz von über 30 leistungsfähigen wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen. Diese Einrichtungen bilden eine wichtige Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und sind speziell auf die Bedürfnisse der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) ausgerichtet.

4. Industriepolitik in den Regionen verankern

Europas Stärke liegt in der regionalen Vielfalt und der dezentralen Struktur seiner Wirtschaft. Diese Dezentralität und Vielfältigkeit sind der ideale Nährboden für Innovationen, die auf die lokal unterschiedlichen Bedürfnisse abzielen. Die Regionen mit ihren besonderen Stärken und Nähe zu den Unternehmen sind dabei wichtige Akteure im Innovationssystem und ideale Partner, um besonders KMU im Innovationsgeschehen zu unterstützen.

INNOVATIONEN DURCH REGIONALE KOOPERATIONEN:

Die Struktur- und Regionalpolitik sollte stark für Innovationen eingesetzt werden, regional sowie inter-regional. Eine Möglichkeit ist die Einführung von Innovationsinvestitionen, (wie von DG Regio geplant; bekannt als Component 5) um neue technologische Entwicklungen über grenzüberschreitende Pilotanwendungen gemäß der S3 Strategie der EU-Regionen zu unterstützen. Innovationskooperationen europäischer Regionen, insbesondere regionale Innovationsnetzwerke wie die Vanguard Initiative, können entscheidende Impulse für neue, strategische Wertschöpfungsketten setzen und sollten daher besonders berücksichtigt werden.

DAS INSTRUMENT DES IPCEI AUCH REGIONEN ZUGÄNGLICH MACHEN:

Regionen können so in strategischen Fokusthemen Unternehmen gezielt dabei unterstützen, schnelle Marktreife zu ermöglichen. Beispielsweise könnte die EU dies unter der Bedingung ermöglichen, dass mindestens 3 Regionen (z. B. auf NUTS2-Ebene) sich für gemeinsame Investitionen zusammenschließen müssen.

REGIONEN BEI INNOVATIONSFÖRDERUNG UNTERSTÜTZEN:

Die EU könnte auf der Grundlage der bestehenden Erfahrungen ein bestimmtes Feld der regionalen Wirtschaftsförderung abstecken, das zweifelsfrei beihilfefrei ist. Um die Schlagkraft der Innovationspolitik in Europa weiter zu erhöhen, sollte die Bildung von Public Private Partnerships für Innovationen auch beihilferechtlich erleichtert werden. Dabei geht es insbesondere auch um öffentlich-privat-finanzierte Innovationsinfrastrukturen, wie z. B. Innovationsparks.

5. Transformationsprozesse unterstützen

Die Wirtschaft befindet sich in einem fundamentalen Umwandlungsprozess. Treibende Kräfte sind insbesondere die Digitalisierung, der Trend zu mehr Nachhaltigkeit sowie ein verändertes Mobilitätsverhalten. Für Industrieunternehmen und deren Beschäftigte stellt der Transformationsprozess eine enorme Herausforderung dar. Traditionelle Geschäftsmodelle, Beschäftigungsstrukturen sowie Qualifikationsanforderungen ändern sich; die Trennlinie zwischen Industrie und Dienstleistung verwischt. Unternehmensnahe Dienstleistungen für die Industrie tragen bereits rund 10 Prozent zum BIP Baden-Württembergs bei (Industrie und industrienaher Dienstleistungen zusammen: 43 Prozent des BIP). Fragen der Umweltpolitik, insbesondere in den Bereichen Energie, Ressourcen und Biodiversität, sind integraler Bestandteil einer modernen Industriepolitik. Eine EU-Industriestrategie sollte Unternehmen und Beschäftigte dabei unterstützen, Transformationsprozesse erfolgreich zu bewältigen.

ANPASSUNGEN ERMÖGLICHEN:

Insbesondere die Transformation der Automobilwirtschaft stellt viele Regionen in Europa vor große Herausforderungen. Sprunghafte Regulierungsschritte auf dem Weg zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft können einzelne Wirtschaftszweige überfordern. Dies wäre kontraproduktiv: Die Leistungsfähigkeit der europäischen Industrie ist notwendige Bedingung, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

TECHNOLOGIEOFFENHEIT:

Welche Technologien sich langfristig am besten dafür eignen, industriepolitische Ziele zu erreichen, ist offen. Anstatt nur bestimmte Technologien zu fördern, sollte staatliche Förderung sich an den zu erreichenden übergeordneten Zielen orientieren, diese definieren und in einem rechtlichen Rahmen planungssicher festlegen.

EFFIZIENTE UND BERECHENBARE MASSNAHMEN:

Um den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise effizient zu erreichen, sollten wirkungsvolle wirtschaftspolitische Instrumente eingesetzt werden – basierend auf Freiwilligkeit, ökonomischen Anreizen und Unterstützung durch funktionierende Marktmechanismen. Die Weiterentwicklung des Emissionshandels ist hier ein Beispiel. Fragen der Umweltpolitik, insbesondere in den Bereichen Energie, Ressourcen und Biodiversität, sind integraler Bestandteil einer modernen Industriepolitik und können dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken.

KREISLAUFWIRTSCHAFT FÖRDERN:

Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft spielt hier eine entscheidende Rolle, um die Umwelt zu schützen, aber auch um Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu schaffen und Importabhängigkeiten zu verringern. Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft muss dabei die gesamte Wertschöpfungskette adressieren – bereits in der Produktentwicklung sollte das Recycling am Ende der Nutzungsphase berücksichtigt werden.

KONSTRUKTIVER STRATEGISCHER DIALOG MIT DER INDUSTRIE:

Baden-Württemberg setzt auf einen engen, institutionalisierten Austausch aller Stakeholder – den Strategiedialog Automobilwirtschaft BW um den Transformationsprozess im Automobilssektor erfolgreich zu bewältigen. Vergleichbare Formate könnten auf europäischer Ebene eingeführt werden und kommen auch für andere Branchen in Frage, die von den Transformationsprozessen betroffen sind. So kann ein besserer Ausgleich sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Ziele stattfinden, der auch die Bürgerinnen und Bürger stärker mit einbezieht.

DIGITALISIERUNG UND DIGITALE INFRASTRUKTUR:

Europäische Ansätze wie „Digitales Europa“ können nationale Bemühungen sinnvoll unterstützen. Besonders sollte dabei im Fokus stehen, Digitalisierung in die Fläche der europäischen Regionen zu bringen. Dies kann z. B. eine stärkere Förderung von bereits bestehenden sowie neuen regionalen Digitalisierungs-Netzwerken und -Initiativen sowie den nationalen und europäischen Digital Innovation Hubs umfassen. Dabei sollten unabgestimmte Parallelstrukturen zu bereits vorhandenen nationalen bzw. regionalen Strukturen vermieden werden.

FACHKRÄFTESICHERUNG:

Die ERASMUS-Maßnahmen zur Erhöhung der Fachkräftemobilität sollten ausgebaut werden. Die EU sollte sich dafür einsetzen, die Mobilität von Fachkräften aus dem Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit zu ermöglichen.

**STRATEGIEDIALOG AUTOMOBILWIRTSCHAFT****BADEN-WÜRTTEMBERG**

Seit 2017 arbeitet die Landesregierung Baden-Württemberg intensiv mit zahlreichen Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeitnehmerverbänden, Verbraucherorganisationen, Umweltverbänden und mit der Zivilgesellschaft im Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg zusammen. Baden-Württemberg soll zum Vorreiter einer klima- und umweltschonenden Mobilität werden und damit auch in neuen Technologien ein weltweit führender Automobil- und Mobilitätsstandort sein.

HERAUSGEBER

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

Neues Schloss, Schlossplatz 4, 70173 Stuttgart

E-Mail: poststelle@wm.bwl.de

Telefon: +49 (0)711 123-0

Fax: +49 (0)711 123-2121

www.wm.baden-wuerttemberg.de

ANSPRECHPARTNER

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

Referat Wirtschaftspolitik in Europa

E-Mail: wirtschaftspolitik-europa@wm.bwl.de